



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2011/09662**
Datum: 05.04.2011
Bezug-Nummer.
HHStelle/Kostenstelle: 1.0010.650000/
0100.7000
Verfasser: Herr Johannes
Krause
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	27.04.2011	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Übertragung der städtischen Brunnen an die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung prüft die Übertragung der städtischen Brunnen an die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, analog zur Übertragung der Bäder.

gez. Johannes Krause
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Die Haushaltsnotlage der Stadt Halle und das Verhalten der Kommunalaufsicht veranlassen die Stadtverwaltung im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung bzw. einer Haushaltssperre zu nicht nachvollziehbaren Maßnahmen. Es liegt auf der Hand, dass Maßnahmen, wie die Abschaltung von städtischen Brunnen nicht geeignet sind, die strukturellen Probleme des Haushalts zu lösen. Der Schaden für das Stadtbild und das Wohlbefinden der Einwohnerschaft steht zur Höhe der Ausgabeverminderung in keinem messbaren Verhältnis. Das bürgerschaftliche Engagement an dieser Stelle ist außerordentlich begrüßenswert, kann jedoch das bestehende Problem nicht in allen Fällen lösen. Da die Regeln der öffentlichen Haushaltsführung solche Fragen nicht berücksichtigen, erscheint es sinnvoll, diesen Teil der städtischen Leistungserbringung durch Übertragung an eine städtische Gesellschaft und Vertragsschluss mit einer fixierten Zuschusshöhe unabhängig von der Haushaltslage zu sichern.

Sitzung des Stadtrates am 27.04.2011
**Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Übertragung der städtischen Brunnen
an die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH**
Vorlagen-Nr.: V/2011/09662
TOP: 7.10

Stellungnahme zum Antrag

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag anzunehmen.

Begründung

Im Rahmen der Fortschreibung des Fachkonzeptes für das Grünflächenamt wurde diese Idee bereits einer Prüfung unterzogen.
Im Kontext des Themas „Konzern Stadt“ wird die Verwaltung prüfen, ob mittlerweile eine kostengünstigere Lösung verhandelt werden kann.

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister